

## Die Zukunft der Politischen Theorie in der Deutungskonkurrenz mit der Ökonomik

Huhnholz, Sebastian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Huhnholz, S. (2020). Die Zukunft der Politischen Theorie in der Deutungskonkurrenz mit der Ökonomik. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 11(1), 79-100. <https://doi.org/10.3224/zpth.v11i1.09>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

# Die Zukunft der Politischen Theorie in der Deutungskonkurrenz mit der Ökonomik

*Sebastian Huhnholz\**

**Schlüsselwörter:** Ökonomik, Interdisziplinarität, Politische Ökonomie, Liberalismus, Marktwirtschaft

**Abstract:** Vor dem Hintergrund jüngerer real-, finanz- und weltwirtschaftlicher Krisen ist der Politischen Theorie wirtschaftsanalytische Kompetenz gelegentlich abgesprochen worden. Und tatsächlich weist die wirtschaftspolitische Analysefähigkeit der derzeitigen Politischen Theorie manche Mängel auf. Ihr bei Wirtschaftsthemen vergleichsweise geringer Einfluss in Politik und Bildung ist aber auch auf ihr kritisches Potential zurückzuführen, Grundannahmen und Schlussfolgerungen der Ökonomik zu hinterfragen. Dafür sucht der Beitrag nach konstruktiven „Deutungskonkurrenzen“ zwischen Politischer Theorie und Ökonomik. Dabei stellt er nicht normative oder fachspezifisch isolierte Deutungsdifferenzen aus, sondern identifiziert interdisziplinäre Schnittmengen. Dadurch werden verschiedene Sichtweisen der Disziplinen auf gemeinsame Beobachtungs- und Problembereiche erkennbar. Dazu zählt etwa die Frage, ob sich moderne ökonomische Modelle und Theorien wirtschaftlichen Handelns ohne systematische Zugrundelegung liberaldemokratischer Normen und Institutionen überhaupt konzipieren lassen. Eine Schlussfolgerung ist, dass die moderne Wirtschaftslehre ohne einen historisch und kulturell höchst voraussetzungsvollen politischen Ökonomiebegriff nicht zu haben ist.

**Abstract:** In light of recent economic and financial crises, political theory has occasionally been denied competence in economic analysis. And indeed, current political theory's ability to analyze economic policy has some shortcomings. However, its rather limited influence on economic issues in politics and education is also due to its critical potential to question basic assumptions and conclusions of economics. To this end, this article looks for differences of interpretation between political theory and economics. In doing so, it does not expose normative or subject-specific isolated differences of interpretation, but identifies interdisciplinary intersections. In this way, different perspectives of the disciplines on common areas of observation and problems can be identified. This includes, for example, the question of whether modern economic models and theories of economic action can be conceived at all without systematically basing them on liberal democratic norms and institutions. One conclusion is that modern economic theory cannot be conceived without a historically and culturally highly presuppositional political concept of economics.

---

\* Sebastian Huhnholz, Leibniz Universität Hannover  
Kontakt: s.huhnholz@ipw.uni-hannover.de

## 1. „It's the Economy, stupid“?<sup>1</sup>

Vor dem Hintergrund jüngerer real-, finanz- und weltwirtschaftlicher Krisen ist der Politischen Theorie wirtschaftsanalytische Kompetenz gelegentlich abgesprochen worden.<sup>2</sup> Das bräuchte angesichts der sozialwissenschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen, zwischen Politologie und Ökonomik, nicht als Vorwurf verstanden werden, würden Wirtschaftsdynamiken dieser Jahrzehnte nicht in politische, insbesondere demokratische fiskal- und wirtschaftspolitische Legitimationskrisen münden, für deren zukunfts-gestaltende Lösungen sich die Politische Theorie selbst dann einsetzen und interessieren muss, falls sie keine eigene, analytisch geschlossene Interpretation dazu anzubieten hat (vgl. Manow 2019; Jörke 2019; Biebricher 2019). Denn nicht nur die Macht, mit der ökonomische Verhältnisse sowohl materiell und direkt (zum Beispiel Existentielles, vermögensabhängige Gestaltungshierarchie und Partizipationschancen, globalisierter Standortwettbewerb etc.) wie auch kulturell und indirekt (zum Beispiel lebensweltliche Kommerzialisierung, Vermarktlichung und Rationalisierung) politische Entscheidungsarenen und soziale Beziehungen strukturieren, erfordert eine ständige kritische Auseinandersetzung mit entsprechend handlungsanleitenden Deutungs- und Sozialisationsmustern.<sup>3</sup> Auch die grundsätzlichere Frage Claus Offes bleibt politiktheoretisch relevant, inwieweit etwaige Intensivierung oder Verbesserung von als eigentlich krisentreibend identifizierten wirtschaftszentrierten Orientierungs- und Bewertungsmustern als politisch legitimierungsbedürftige Krisenlösungs- oder Problembewältigungsstrategie akzeptabel sein können (vgl. Borchert / Lessenich 2016; Streeck 2013b).

Zu hoffen, entsprechende Stellungnahmen könnten die Politische Theorie auf Augenhöhe mit den gesellschaftspolitisch ungleich einflussreicheren Wirtschaftswissenschaften bringen,<sup>4</sup> wäre wohl naiv, wenn nicht vermessen. Dennoch sollte einerseits nicht verkannt werden, dass die Wirtschaftswissenschaften sich angesichts ihrer – von den ökonomisch dysfunktionalen Krisenrealitäten, der rettungsfiskalischen Staatsbedürftigkeit der Finanz-

- 1 Teile dieses Diskussionsbeitrags gehen auf ein Symposium anlässlich des zehnjährigen Bestehens der „Zeitschrift für Politische Theorie“ im September 2019 an der Humboldt-Universität zu Berlin zurück. Für die Einladung nebst Themenstellung danke ich vor allem den Zeitschriftenherausgebern und Felix Wassermann, für konstruktive Kommentare und Diskussionen allen Beteiligten, insbesondere aber Bernd Ladwig.
- 2 Zum Beispiel durch Vogl 2015; Sloterdijk 2010; Wegner 2015; verallgemeinernd Jesse (2018: 96): „bemerkenswert praxisfern“; breiter Überblick mit kritischem Fazit, die normative Politische Theorie möge sich der „Ökonomie zuwenden“, durch Frank Nullmeier (2013: 454). Auch Fritz Söllner et al. (2018: 77, 72) diagnostizieren „Marktvergessenheit“: der „Mainstream der Politischen Theorie als politikwissenschaftlicher Teildisziplin ist in den letzten 30 Jahren – zumindest in Deutschland – eher ökonomievergessen gewesen.“
- 3 Als exemplarische Krisenanalyse vgl. zunächst nur Brunkhorst 2012.
- 4 Umfassende Nachweise müssen hier unterbleiben; unmittelbar für den deutschen Kontext kann etwa die Formalisierung von Beratung in Gestalt wissenschaftlicher Beiräte der Bundesministerien erwähnt werden. Quantitativ sei nur auf die im deutschen Hochschulvergleich zehnfache Personalstärke der Wirtschafts- gegenüber der Politikwissenschaft verwiesen (vgl. Statistisches Bundesamt 2018a: 24), auf die etwas über dreifache Studierendenzahl (vgl. Statistisches Bundesamt 2020), knapp achtfache Ausgaben und eine etwa fünffache Drittmittelmenge (vgl. Statistisches Bundesamt 2018b: 84). Neben der Selbstwahrnehmung der Fächer (vgl. zum Beispiel John 2013; Streeck 2011; DVPW o. J.) behindert allerdings im auch international ausgreifenden Vergleich die disziplinäre Überlappung durch das Feld der Politischen Ökonomie eine exakte Trennung (vgl. Hirschman / Popp Berman 2014; ferner Haucap / Thomas 2014, sowie die vergleichende US-Datensammlung Data USA (o. J.)).

und Realwirtschaft bis zu ökologisch motivierten *degrowth*-Bewegungen zunehmend in Frage gestellten – neoklassischen und streng privateigentumsrechtlichen Leitparadigmen selbst einem „heterodoxen“ Reformdruck zugunsten „Pluraler Ökonomik“ ausgesetzt sehen, der interdisziplinäre Dimensionen stärker zu berücksichtigen verlangt (vgl. Petersen et al. 2019; AK Postwachstum 2016; Barth et al. 2017; Sparsam / Flachmeyer 2020) und die ökonomische Theorie, Wissenschaft und Lehre auffordert, sich „auch demokratietheoretisch [zu] rechtfertigen“ (Streeck 2019 [2018]: 17). Mit Blick auf Dimensionen wie Produktionsverhältnisse, Verteilungsgerechtigkeit, kulturelle und sozialgeschlechtlich überformte bzw. diskriminierende Produktivitäts- und Leistungskonzepte sowie auf ökonomisch repräsentierte und reproduzierte politische Ungleichheit sind vielfältige Kooperationsthemen ohnehin längst etabliert (vgl. nur Mause et al. 2018). Eine Polarisierung zwischen den Fächern scheint dabei unnötig.

Andererseits muss sich die Politische Theorie wie alle Geistes- und Sozialwissenschaften auch selbst die Frage stellen, wie weit sie sich überhaupt auf den Primat wirtschafts- und wirtschaftswachstumsfreundlicher Rationalitäts- und Effizienzannahmen, Nutzen- und Rentabilitätsimperative einlassen sollte, beziehungsweise wo eigendisziplinäre Perspektiven gegen eingeschlossene Hegemonien in Stellung gebracht und erweitert werden müssen, um analytisch einseitige und politisch etwaig schädliche Defizite wirtschaftswissenschaftlicher Standarderklärungen zu kompensieren. Das ist – unbenommen vielfältiger interdisziplinärer Kooperationen – auch deshalb zu fragen, weil die Relevanz einer sich wirtschaftsanalytisch einlassenden Politischen Theorie schwerlich ohne Alleinstellungsmerkmale zu beglaubigen wäre. Die funktionelle Vorstellung einer hierarchischen Arbeitsteilung, bei der die Ökonomik für die Analyse primärer materieller Produktionsverhältnisse zuständig ist, die Politische Theorie für Rechtfertigungen vermeintlich nachgelagerter Verteilungsverhältnisse und gegebenenfalls noch für die Schematisierung einiger ordnungspolitischer Regulations- und Kompensationsfragen, griffe dabei zu kurz. Denn die eingangs referentialisierte wirtschaftsanalytische Zahnlosigkeit der Politischen Theorie wird seitens kritischer Beobachter\_innen bisweilen selbst auf einen mental und kulturell hegemonialen Liberalismus zurückgerechnet, dessen wirtschaftstheoretische Perspektiven wie Nutzenkomparatistik, Verteilungsökonomik und Wettbewerbsorientierung von der Politiktheorie womöglich zu unreflektiert geteilt und dadurch gestärkt werden (dazu Nonhoff / Vogelmann 2016; Fischer / Huhnholz 2019). Von willfähriger Selbstzentrierung auf liberalökonomisch grundierte und rationalistisch gedeutete Produktions-, Verteilungs- und Umverteilungsfragen würde die Politische Theorie daher noch weniger profitieren als die Ökonomik. Interessanter und gleichrangiger Austausch ist wohl nur in einer Perspektivenkonkurrenz zu finden.

Der vorliegende Beitrag will das Thema etwaiger „Deutungskonkurrenz“ zwischen politiktheoretischer und wirtschaftswissenschaftlicher Wirtschaftsforschung darum mit dem Ziel bearbeiten, einige interdisziplinär *produktive* Spannungen aufzuzeigen. Es wird darum nach echter Deutungskonkurrenz hinsichtlich gemeinsamer Beobachtungsbereiche gesucht, nicht nach unstrittigen Schnittmengen<sup>5</sup> oder nach bloßen Bewertungsdifferenzen,

---

5 Als Beispiel einer Schnittmenge kann etwa die ökonomische Analyse der Politik gelten, die aus beiden Fachperspektiven vergeblich am Paradoxon laboriert, dass Wahltheorien, deren heuristisch individualistische Methodologie von rationalistischen Präferenz- und komparativen Nutzenkalkulationen lebt, die kontinuierlich hohe Beteiligung an demokratischen Massenwahlen als irrationales Verhalten bewerten müssen, diesen modellimmanent zwingenden Schluss aber schwerlich zum Gegenstand öffentlicher Empfehlungen machen kann (vgl. erstmals Downs 1968 [1957]; aktuelle Übersicht bei Julian Döhr et al. 2018).

die etwa durch Ethikfragen überwölbt sind oder aus fachspezifischen Zuständigkeiten und instrumentell konträren Zielkonflikten resultieren, etwa Verbindlichkeit, Autorität und Legitimität versus Präferenz, Konkurrenz und Effizienz. Dafür werden in einem ersten Schritt solche prinzipiellen Perspektiven der Politischen Theorie für die Analyse von Wirtschaftshandeln strukturiert, von denen wirtschaftswissenschaftliche Deutungsschemata betroffen sind (2.). Sodann wird eine vordergründige, meinem Eindruck nach aber irreführende und vorurteilsbehaftete Deutungskonkurrenz aufgerufen, die auf das Verhältnis zwischen politischen und wirtschaftlichen Freiheitsdimensionen abhebt. Mein Plädoyer wäre, deren empirisch und normativ unbestreitbare Spannung nicht als Moralkonflikt der Wissenschaften zu inszenieren, als gälte es, pointiert gesprochen, die Demokratie gegen eine feindselige Ökonomik zu verteidigen (3.). Stattdessen werden vor einem rückblickenden Fazit (5.) drei ausgesuchte Konkurrenzkonstellationen ohne Vollständigkeitsanspruch vertiefend betrachtet: Die öffentliche Deutungsmacht der Fächer, die Frage nach den gesellschaftspolitischen Voraussetzungen freien Wirtschaftens sowie, drittens, der den modernen Wirtschaftswissenschaften zugrundeliegende, von der Politischen Theorie und Ideengeschichte gar nicht zu trennende Wirtschaftsbegriff (4.).

## 2. Politische Theorieperspektiven auf die Ökonomie

Offenkundig ist das Nachfolgende dabei aus Sicht der politiktheoretischen Disziplin verfasst (und zugunsten der hiesigen Aufgabe auch gewillt, auf einige passende Beiträge und Diskurse in Deutschland aktiver Politiktheoretiker\_innen aus jüngerer Zeit zu verweisen). Versuche, den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsstand exakt zu verarbeiten, müssen hingegen unterbleiben. Das soll keine starke Parteinahme bedeuten, bringt gewiss aber Beschränkungen mit sich. Beispielsweise können hier weder die vielen Forschungen an der Schnittstelle zwischen politik- und wirtschaftstheoretischen Fragestellungen im Einzelnen oder umfänglich gewürdigt werden,<sup>6</sup> noch lassen sich solche Beiträge aus der jüngeren Politischen Ökonomie erschöpfend kommentieren, die politik- und demokratietheoretische Fragen integrieren oder aufwerfen.<sup>7</sup> Allenfalls bliebe zu fragen, inwiefern sich solche Ansätze durch gestärkte Aufmerksamkeit für und Unterstützung durch die Politische Theorie fortentwickeln ließen. Die Bringschuld dafür läge freilich bei der Politischen Theorie. Und schließlich soll auch nicht die hinlänglich bekannte und in ihrer produktiven Rivalität anerkannte Frage traktiert werden, welche Klassiker\_innen des ökonomischen Denkens genauso gut dem politiktheoretischen Kanon zugeschlagen gehörten und wie sie ‚richtig‘ zu interpretieren seien, namentlich etwa Adam Smith, Karl Marx, Joseph A. Schumpeter, Friedrich August von Hayek, James Buchanan oder Elinor Ostrom.

Stattdessen ist hervorzuheben, worin solche spezifisch politiktheoretischen Leistungen für die Wirtschaftsanalyse bestehen, die ein ökonomisch ‚integriertes‘ Denken, ein Analysieren sozialen Handelns und der Gesellschaft von wirtschaftlichen Imperativen her, nicht aus eigener Kraft bereithält. Die zwei maßgeblichen Möglichkeiten solcher politik-

6 Jüngere Einstiege und Vertiefungen hierfür bieten Herzog / Honneth 2014; Herzog 2017; Risse / Wollner 2019; Corneo 2014; Schläppi / Gruber 2018; Jancke / Schläppi 2015a; Foundational Economy Collective 2019 [2018].

7 Prominent zum Beispiel Streeck 2013b; Olson 2002 [2000]; Piketty 2020; Mazzucato 2014; Boltanski / Esquerre 2018 [2017].

theoretischen ‚Dienstleistungen‘ können nicht überraschen: sie liegen in der instrumentellen (1) und in der reflexiven (2) Beobachtung von als „wirtschaftlich“ bestimmtem Handeln, das heißt ökonomisch bedingter oder ökonomisch relevanter sozialer Vorgänge.<sup>8</sup>

(1) In instrumenteller Hinsicht wird nach den außerkonkurrenzmarktlichen Voraussetzungen wachstumsorientierten Wirtschaftens, also des modernen, zweckrationalisierten „Rentabilitätskapitalismus“ (Max Weber) gefragt. Immerhin werden hierfür nicht nur aus vielen weiteren Wissenschaftszweigen Zweifel angemeldet,<sup>9</sup> konkret etwa an der anthropologischen Gültigkeit des utilitaristischen, also eigennutzorientierten Denkens und Handelns, wie es das (auch in der Ökonomik allerdings nicht sakrosankte) *homo oeconomicus*-Modell mindestens heuristisch vermutet, ferner hinsichtlich der umfassenden rechtlichen Präformierungen von Kapitalwachstum sowie, aus Perspektiven der Politischen Soziologie und Politischen Ökonomie, der Externalisierung tatsächlicher Kosten oder des Umstands einer immer extensiveren privaten und suprastaatlichen Geldschöpfung.<sup>10</sup> Solche Anregungs- und Ergänzungssichten auf einige *blind spots* der Ökonomik sind konstruktiv, weil die ökonomische Disziplin sie nicht so einfach abweisen kann wie fachfremde Belehrungen, etwa über die demokratischen Vorzüge der Gemeinwirtschaft oder verteilungsgerechtigkeitstheoretische Plädoyers. Denn selbst wenn man deren Thematisierung einen einflussreicheren Stellenwert wünschen wollte: viele Eigenheiten, Probleme und Grenzen von Wachstumsmärkten und marktkonformem Verhalten sowie die wirtschaftlichen Alternativen dazu sind ökonomischen Fachdiskursen geläufig,<sup>11</sup> entspringen ihnen oft selbst und sind eher, etwa im Fall von Elinor Ostrom oder Amartya Sen, seitens anderer Sozialwissenschaften für anschlussfähig befunden worden.

Aussparen würde ich daher auch eine Reihe jener vordergründig sich anbietenden ethischen Probleme der Ökonomisierung des Politischen und der gewinnorientierten Entpolitisierung öffentlicher Güter wie Bildung, Gesundheit, Polizei, Justiz und Militär. Das sind zweifellos gewaltige und drängende Probleme. Michael Sandel hat sie auf die Formel *Was man mit Geld nicht kaufen kann* gebracht. Dabei beklagt Sandel aber eine ökonomische „Herrschaftswissenschaft“ und nennt auch viele Themen, die keine im engeren Sinne ökonomischen Verteilungsfragen, etwa materieller oder rechtlicher Art, berühren (vgl.

8 Max Weber unterschied in der Soziologischen Kategorienlehre letzter Hand „wirtschaftliches“ von „wirtschaftlich orientiertem“ sozialen Handeln. Dieses sei planvolles, formal friedliches und kontinuierliches Erlangen begehrter Nutzleistungen als Selbstzweck, jenes „primär an anderen Zwecken“ ausgerichtet und könne sich darum auch wirtschaftsfremder, etwa gewaltsamer Mittel bedienen. „Ökonomische“ Phänomene, so differenziert Weber etwa 1904 im Objektivitätsaufsatz zur Kulturbedeutung des Ökonomischen, haben insofern materielle, ggf. existentielle Fundamente, nicht aber ist alles Wirtschaftshandeln ökonomisch bedingt oder hat ausschließlich ökonomische Konsequenzen – beispielsweise das Muster der „protestantischen Ethik“, dass also der moderne Kapitalismus Rentabilitätskapitalismus ist, der Erwerbsstreben als auch sittliche Pflicht betrachtet (dazu Weber 2014; ferner Swedberg 1999).

9 Überblicke bei Knöbl 2017 und Lenger 2018.

10 Aus der jüngeren Literatur in dieser Reihenfolge Adloff 2018; Pistor 2019; Lessenich 2016; Wullweber 2018; Sahr 2017; Staab 2019.

11 Deutlich Wegner (2015: 50): „Von Seiten der ökonomischen Theorie besteht wenig Anlass, auf die sozialwissenschaftliche Kritik am Neoliberalismus näher einzugehen, und zwar aus einem einfachen Grund: Alle vorgebrachten zentralen Einwände gegen den sogenannten Neoliberalismus sind innerhalb der ökonomischen Theorie wesentlich differenzierter, schärfer und mit hohem analytischen Aufwand erörtert worden, als dass Grund bestünde, sich mit einer pauschalen Kritik von außen zu befassen und sich davon neue Erkenntnisse zu versprechen.“

zum Beispiel Sandel 2012: 12 f.). Sicher ist es nicht klug, viele der von Sandel skandalisierten Fälle – von Emissions- und Organhandel über die „didaktische“ Belohnung lesernder Schulkinder mit Geld bis zum Kauf des Rechts, Nashörner zu jagen, oder *upgrades* für Gefängniszellen – aus reinen Wirtschaftlichkeitserwägungen zu entpolitisieren und zu entdemokratisieren. Doch umso weniger scheint mir hier ein Problemfeld vorzuliegen, dass zwingend *mit* den Wirtschaftswissenschaften als notfalls *gegen* sie verhandelt werden sollte.

Wirtschaftswissenschaftlich eigenlogische Herausforderungen beginnen nach meinem Dafürhalten weniger beim von Sandel beklagten „moralische[n] Versagen der Märkte“ als bei der (von Sandel freilich mitbehandelten) Ökonomisierung nominell außermärklicher Gefilde sowie wirklichkeitsfremden Markttheorien (zu letzteren insbesondere Herzog 2019; Staab 2019). Dafür anzuführen wären etwa privatisierte Märkte, die mit einzelnen Unternehmen längst mono- oder oligopolistisch verschmolzen sind, liberaler Paternalismus, ferner die klandestine Nutzung preisverfälschender Macht, beispielsweise die versteckte, aber nicht zwingend illegale Kommerzialisierung öffentlicher Vorgänge (zum Beispiel Anmietung von Demonstrationsteilnehmenden, Konsument\_innenbewertungsfälschungen, Verkauf akademischer Titel, Ökonomisierung von Gerichtsprozessen, bestimmte Schwarzmärkte etc. (vgl. Sandel 2012: 13)) oder die auch wirtschaftssoziologisch relevante Moralisierung von Preisen, sei es als Profitstrategie (zum Beispiel *green washing* beziehungsweise Ökologiebonus), sei es als Innovationskult (zum Beispiel Kreativitätsbeziehungsweise Genieprämien) und „wert[e]orientierte Preisgestaltung“ oder sei es als demonstrativer Geltungskonsum im Sinne Thorsteins Veblens.<sup>12</sup> Denn hier beginnen die interdisziplinär relevanten Diskussionen, etwa über Privilegierung, Lobbyismus und Korruption, (strukturelle) soziale Ungleichheit, gouvernementale Verhaltenssteuerung (zum Beispiel *nudging*) und „politischen Kapitalismus“ statt wettbewerbsmarktlichem, leistungs-basiertem Rentabilitätskapitalismus.<sup>13</sup> „Zugespitzt gesagt: wir hätten viele reale Probleme nicht, wenn die wirtschaftliche Wirklichkeit dem Bild entspräche, das die Befürworter des Marktes von ihm zeichnen“, so Lisa Herzog (2019: 197).

Werden somit nun außerkonkurrenzmarktliche Voraussetzungen des wachstumsorientierten Wirtschaftens als möglicherweise gehaltvolle auch politiktheoretische Impulse betrachtet, können die Grenzen bloßer Meinungs- und fachspezifischer Wertungsdifferenzen überschritten und „ökonomisch relevante“ soziale Vorgänge und Kulturen im Sinne Webers thematisiert werden, die sich nicht oder nicht zwingend allein wirtschaftlicher Rationalität fügen und darum ergänzender Beobachtungsmuster bedürfen. In den Blick geraten dann etwa wirtschaftsethische und -kulturelle Fundamente, Institutionen (zum Beispiel Rechtsstaatlichkeit, öffentliche Verwaltung und sonstige kollektive Infrastrukturen), Organisationsformen und -medien (Unternehmen und Märkte, Geld, Währungen und Preise), aber auch biopolitische Reproduktion (zum Beispiel Demographievorsorge und *care work*), Marktsozialisation (zum Beispiel öffentliche Bildungseinrichtungen und sozial-

12 Zur Moralisierung, oder besser: zur Bepreisung mit moralischen Argumenten Boltanski / Esquerre 2018 [2017] und Mazzucato 2019. Zur demgegenüber gemeinwirtschaftlichen Beobachtung, dass materielle Selbstverpflichtungskollektive gegen typische Marktannahmen verstoßen wie gegen eine vorzugsweise Lastenüberwälzung und die Annahme, Fremde hätten höhere Leistungen als im Gegenzug angeblich kollektiv übervorteilte Zugehörige zu erbringen vgl. beispielsweise Jancke / Schläppi 2015b: 28. Zum Geltungskonsum Memushi 2013.

13 Zur Korruption Bluhm / Fischer 2002; Jansen / Priddat 2005. Zum *nudging* Thaler / Sunstein 2008; Gerg 2019.

staatliche Dekommodifizierungsstrukturen) und wirtschaftssteuernde Polittechniken (insb. staatliche Finanzmarkt- und Fiskalpolitik sowie Öffentliche Güter im engeren Sinne). Das Spektrum der politiktheoretischen Analyse solcher Voraussetzungen ist entsprechend groß und vielfältig. Es kann mindestens von smithianischen und hegelianischen zu weberianischen oder polanyischen Perspektiven über Ernst Forsthoff und Arnold Gehlen zu John Rawls und den Kommunitarist\_innen oder zu Judith Butler und François Ewald reichen.

(2) Die reflexive Beobachtung schließt hier an und ist am einfachsten auf den Begriff der „Ideologiekritik“ zu bringen. Sie ist schematisch nach einer eher empirisch-historischen und einer normativen Variante teilbar. Erstere fragt nach der politikgeschichtlichen Genese wirtschaftlicher Kategorien und ökonomischer Subjektkonstitutionen – Namen wie Hannah Arendt, Pierre Bourdieu, Michel Foucault, die Vertreter der frühen Kritischen Theorie wären dafür exemplarisch zu nennen. Die normative Variante ist – kontraintuitiverweise – zumal in ihrer jüngeren Ausprägung anwendungsfreundlicher, denn sie zeigt zusätzlich zur genealogischen Kritik gesellschaftstheoretisch auf, inwieweit fortgesetzte Transformationen der Wirtschaft auf instrumentelle Dimensionen zurückwirken. Insbesondere gegenwärtige politik- und moralphilosophische sowie gerechtigkeits-theoretische Diskurse über ökonomische Verwerfungen haben dabei eine beachtliche, mitunter allerdings hermetische Tiefenschärfe erreicht.<sup>14</sup> Andere wichtige Ansätze wiederum – etwa das neue Feld der (normativen) Internationalen Politischen Theorie und Gesellschaftstheorie – lassen auf eine eigene Politische Theorie der Ökonomie und Internationalen Politischen Ökonomie noch warten (vgl. Nullmeier 2016: 11). All das unterstreicht freilich nur die Aufgabe, sowohl allerlei Veränderungen heutiger Wirtschaftsstile und ihre überwirtschaftlichen Konsequenzen politiktheoretisch zu reflektieren wie auch praktisch gehaltvolle progressive Potentiale zu identifizieren.<sup>15</sup>

### 3. Scheinbare Deutungskonkurrenz: Politische Freiheit

Wo aber wären produktive Deutungskonkurrenzen überhaupt zu vermuten? Ein fundamentaler Interpretationskonflikt zwischen Politologie und Ökonomik scheint heute hinsichtlich des ebenso gängigen wie empirisch global uneingelösten Versprechens zu bestehen, der Hort politischer Freiheit sei *per se* in Privatwirtschaft und sie koordinierenden „Märkten“ zu suchen und zu finden (dazu statt vieler Anderson 2019 [2017]). Für dieses neuzeitliche Versprechen selbst spricht – wenigstens historisch und zumindest in den Kernstaaten des „Westens“ – nicht wenig. Ignorieren wir besonders kanonische Gegner wie Platon, Rousseau oder Marx, lassen sich von Aristoteles über Locke und Kant bis Hegel, Habermas und Rawls gewichtige normative Argumente zusammentragen, die in der materiellen Selbstständigkeit des Individuums wesentliche – unhistorisch gesprochen – „liberale“ Voraussetzungen sowohl privater bzw. „bürgerlicher“ und schließlich sozialer Freiheiten erkennen und, dadurch vermittelt, die kollektive Freiheit politisch verfasster

14 Diskursprägend geworden ist die Debatte zwischen Nancy Fraser und Axel Honneth (2003); relevante Titel be- und verhandelt Christian Neuhäuser (2018), auf den ich abkürzend als Forschungsstand verweise.

15 Ich nenne hier nur Biebricher / Vogelmann 2014; Murphy / Nagel 2002; Neuhäuser 2018; O’Neill / Williamson 2014; van Parijs / Vanderborght 2017; Risse / Woller 2019; Rosanvallon 2014; Schefczyk 2003; Wright 2017.



Gemeinschaften argumentieren. Schon grund- und menschenrechtlich besehen verweisen darum Errungenschaften wie Gewerbe- und Berufsfreiheit, das Recht auf Privateigentum und Freizügigkeit systematisch aufeinander.<sup>16</sup>

Dennoch müssten wir lange suchen, um einflussreiche moderne Theoretiker\_innen zu finden, die diese Freiheiten über das Markt-, gar das Arbeitsmarktgeschehen quasi mechanisch und voraussetzungslos garantiert sähen. Nicht einmal intellektuellen Säulenheiligen der Marktwirtschaft, von Adam Smith über Joseph A. Schumpeter bis zu Friedrich August von Hayek und James Buchanan, wäre dies nachweisbar. Denn „den Markt und den Wettbewerb als solchen“, so gab jüngst noch einmal der Ökonom Thomas Piketty zu bedenken,

„gibt es so wenig, wie es Gewinn und Lohn, Kapital und Schulden, hochqualifizierte und geringqualifizierte Arbeiter, Einheimische und Fremde, Steuerparadiese und Wettbewerbsfähigkeit als solche gibt. All das sind soziale und historische Konstruktionen, die durch und durch nicht nur davon abhängen, welches Rechts-, Steuer-, Bildungs- und Politiksystem man in Kraft zu setzen beschließt, sondern auch von den Begriffen, die man sich davon macht. Die Entscheidungen gehen zunächst und vor allem darauf zurück, was eine Gesellschaft unter sozialer Gerechtigkeit und gerechter Wirtschaft versteht, aber auch auf die politisch-ideologischen Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen Gruppen und Diskursen in dieser Gesellschaft. [...] Es kommt, anders gesagt, in der Geschichte ganz entscheidend auf Ideen und Ideologien an“ (Piketty 2020: 21).

An der politischen und kulturellen Einbettung sowie den staatlichkeitsgetragenen Fundamenten der modernen Ökonomie bestehen insofern ebenso wenig Zweifel (s. nur Iversen / Soskice 2019; Pistor 2019; Mazzucato 2014; Streeck 2013b) wie an der Entwicklung ihrer zentralen Ideen aus dem Kanon der Politischen Ideengeschichte (vgl. Zech / Reichelt 1985). Wenn einige orthodox verfochtene wirtschaftswissenschaftliche Marktmodelle heute überhaupt noch vom Nimbus politischer Freiheitszuschreibungen zehren können, hat das eher historische Gründe. Die Aufklärung hatte ‚Markt‘ und insbesondere ‚Handel‘ noch als ein moralisches, die Sitten freier Menschen friedlich verfeinerndes Instrumentarium konzipiert und nicht als effizienten Allokationsmechanismus für die eigennützig maximierende Extraktion umkämpfter Ressourcen im Weltmaßstab (vgl. Asbach 2014; Herzog 2017). Freilich hatte Adam Smith effiziente Gemeinwohlsteigerung, verstanden allerdings als *kollektive* Wohlstandsmehrung, durch wirtschaftliche Konkurrenz vermutet, dem aber eine sozialregulatorische *binnengesellschaftliche* Moralordnung gegenübergestellt (vgl. Herzog 2013; Ronge 2015; Rasmussen 2018; Hont 2015). Die wirtschaftstheoretische Übertragbarkeit einer (pseudo-)smithianischen Marktlehre zugunsten einer politisch, kulturell und vor allem von persönlichen Austauschkontexten entbetteten Globalisierung im Sinne eines *Laissez-faire*-Kapitalismus sich selbst regulierender Märkte ist insofern eine ideologische Projektion (vgl. Slobodian 2019 [2018]; Biebricher 2019). Sie hat zweifellos realpolitischen Einfluss gewonnen, ist aber nur mit Polemik oder Ignoranz zu einem wissenschaftlichen Großkontrast zwischen Wirtschafts- und Politikwissenschaft stilisierbar. Beide Wissenschaftszweige wissen, dass die landläufig für „gültig“ gehaltene „Theorie des Marktes einer Gesellschaft [entstammt], die es nicht mehr gibt“ (Stehr 2007: 9). Spätestens mit der Industrialisierung verflüchtigte sich das Band zwischen politischen Gleichheitshoffnungen und freiheitlichem Marktgeschehen, von dem die Politische Ökonomie der Aufklärungszeit geträumt hatte (Anderson 2019). Dass in einem sozial ent-

16 Vgl. Kirchof 1996: 27–53 (sowie Diskussion dazu: 54–62); Rawls 2006 [2001]: 101 f. („Grundgüterliste“); allerdings mit Blick auf die globale Anwendung schon kritisch Waldron 1989.

grenzten Marktgeschehen politische Freiheit zu finden sei, ist folglich keine wirtschaftstheoretisch generalisierbare Setzung für eine fruchtbare Auseinandersetzung.

Selbst wenn viele politische Theoretiker\_innen nominelle, potentiell staatlichkeitsförderliche Marktaufgaben wie Subsidiarität, Verteilungsorganisierung, Produktivitätswachstum und Wohlstandsmehrung nicht kritisieren würden,<sup>17</sup> ist allerdings konsequent, dass sich auch die Politologie kaum mehr für Freiheit *durch* Märkte interessiert und zunehmend für Freiheit *trotz* Märkten (vgl. nur Brunkhorst 2014; Offe 2014; Manow 2019; Jörke 2019). Das hat nicht zuletzt mit fortgesetzten Beobachtungen demokratischer Gesellschaften zu tun, die die gewaltige Persistenz althergebrachter Vermögensungleichheiten registrieren (vgl. nur Piketty 2020: 186 ff.) und daher zur Kenntnis nehmen, dass ein auf „ehemalige Herrschaftsverhältnisse und darauf gegründeter, nach heutigem Verständnis illegitim erworbener Reichtum durch politische Wechsel hinweg Bestand“ hat, was durch eine „ideologische Sicht“, die „praktisch jedes Einkommen [...] aus Erwerbseinkommen ‚am Markt‘ resultier[en]“ sieht, mehr verklärt wird als erklärt (Greven 1999: 50 f.).

Doch nicht nur Persistenz und Vermachtung struktureller ökonomischer Ungleichheit begründen Zweifel am politischen Freiheitswert des Marktgeschehens. Auch theoretisch sind etwaige Freiheitsbehauptungen über das Marktgeschehen immer wieder als *ideologische* Momente des „Kapitalismus“ genannten Gesellschaftskomplexes identifiziert worden. Durch die Konkurrenz und Entfremdung treibende Selbstzweckhaftigkeit dieses „absurde[n] System[s]“, so erneuerten vor zwei Jahrzehnten Luc Boltanski und Ève Chiapello (2003 [1999]: 42 f.) die altbekannte Kritik, „fehlt es einer Beteiligung am kapitalistischen Prozess im Grunde in erheblichen Maße an Plausibilität“; es bedürfe ideologischer Motive, „die das Engagement für den Kapitalismus“ rechtfertigen, gerade *weil* die „Widerspenstigkeit bzw. Gleichgültigkeit“ vieler an ihm Beteiligten jenes erforderliche Konkurrenz- und Gierverhalten sabotiere, das sie gemäß Wettbewerbsmarktimperativen ‚natürlicherweise‘ an den Tag legen müssten (vgl. auch Michéa 2015).

Die Vielfalt solcher Skepsis wird – vielleicht überraschenderweise – auch durch eine Reihe libertärer Gerechtigkeitstheorieentwürfe unterstützt, deren vordergründig antisozialer Privateigentumsfundamentalismus zugunsten vielfältiger Revisionen ungerechter (weil willkürlicher oder räuberischer) und ungerechtfertigter (weil leistungsloser oder zufallsglücklicher) Aneignungen und Eigentumsverhältnisse argumentiert. Zusammengefasst lässt sich konstatieren, dass es heute schwerfällt Theoretiker\_innen zu finden, die eine selbsttätige politische Freiheitsentfaltung durch Märkte behaupteten und wissenschaftlich etwa argumentierten, es gäbe keine historisch tradierte und strukturelle „Unterdrückung“, die, ob ökonomisch verursacht oder ökonomisch nur ausgeprägt, entschädigt oder abgestellt gehörte.<sup>18</sup> Anderes zu unterstellen hieße, sich im Kampf gegen Windmühlen zu verangaben.

Wichtiger als eine disziplinar nur vermeintlich konkurrierende Marktbewertung ist darum die Frage freiheitsförderlicher Abhilfemaßnahmen. Sollen und können sie durch

17 Ein meines Erachtens die entsprechende Präferenz für die Marktökonomie im verteilungstheoretisch interessierten Mainstreamdiskurses vortrefflich erklärendes Argument hat Stefan Gosepath (2004: 361) verdeutlicht: „Der Grund ist einfach: Die zur Verteilung stehende Ressourcenmenge wird vergrößert, es gibt also mehr zu verteilen. [...] Vom Standpunkt derjenigen, die die Ressourcen [durch Umverteilung – S. H.] erhalten, sieht Gleichheit [...] unattraktiv aus, wenn sie dabei weniger bekommen als sie bei Ungleichheit bekommen würden“.

18 Für ein entsprechendes Konzept der „Unterdrückung“ siehe Young 1990 sowie Fraser / Gordon 1994; für zustimmende libertäre Gerechtigkeitskritik zum Beispiel Vallentyne 2012.

marktwirtschaftliche Instrumente und Regeln gelingen oder werden Probleme dadurch verstärkt? Insofern sich erhebliche Bereiche sowohl der Wirtschafts- wie auch der Politikwissenschaft mit Wahlentscheidungen und -verfahren hinsichtlich der Entstehung, Verteilung und Sicherung knapper und begehrter Ressourcen befassen, sind Wirtschaftlichkeit und Prosperität jedenfalls keine *per se* zu bevorzugenden Ziele. Die Wahl, bestimmte ökonomische Rationalitäten zur Behandlung gesellschaftlicher Fragen heranzuziehen, bleibt eine politische. Und sie wird sogar umso politischer, je leichter sie ökonomisiert werden soll und dabei beispielsweise von einer strukturell ungleich verteilten Macht der beteiligten, „asymmetrischen“ Akteure abgesehen werden will. Es wäre aber ein unredliches Klischee, derlei als wirtschaftstheoretische Standardhaltung zu unterstellen statt als gemeinsame Herausforderung sozialwissenschaftlicher Forschung anzuerkennen. Die auch in den Wirtschaftswissenschaften einflussreiche liberaldemokratische Gerechtigkeitstheorie von John Rawls sah sich gar veranlasst, die neoklassische Prämisse vollinformierter Konkurrenzmarktakteure auszuschalten und durch den „Schleier des Nichtwissens“ zu ersetzen, um jene freiheitsförderliche und tatsächlich faire Kooperation zu motivieren, die der Etablierung ökonomischer Institutionen vorausgeht (vgl. Rawls 1979 [1971]).<sup>19</sup> Insofern bleibt der vordergründige Verdacht, eine fundamentale Opposition zwischen politik- und wirtschaftstheoretischem Denken verlief maßgeblich entlang von Bewertungsdifferenzen repressiver versus freiheitsermöglichender Marktvorgänge ein gleichwohl populärer Scheinkonflikt. Denkbare und tatsächliche Differenzen liegen anders.

#### 4. Echte Deutungskonkurrenzen: Deutungsmacht, Gesellschaftsbezug und Wirtschaftsbegriff

Die Frage nach tatsächlichen Deutungskonkurrenzen hat auf die Mehrdeutigkeit des Themas zu reflektieren. Denn warum und inwieweit sich die politikwissenschaftliche Disziplin der Politischen Theorie (einschließlich der Politischen Ideengeschichte) überhaupt in einer „Deutungskonkurrenz“ mit der Ökonomik befinden sollte, ist keineswegs selbsterklärend. Drei Konkurrenzkonstellationen bieten sich nach meinem Dafürhalten als besonders relevante oder wenigstens interessante an.

(1) Erstens und am einfachsten die institutionalisierte disziplinäre Konkurrenz. Zwar werden Politik- und Wirtschaftswissenschaften den Sozialwissenschaften zugerechnet und folgen vor allem dort, wo sie sich von den Geistes- und dabei insbesondere den Geschichtswissenschaften einschließlich der Ideengeschichte entfernt und naturwissenschaftlich inspirierten Vorbildern zugewendet haben, gemeinsamen Trends: dieser Jahrzehnte insbesondere den Methoden der Ökonometrie, dem methodologischen Individualismus sowie, in theoretischer Hinsicht, Modelltheorien der *rational choice*-Familie.<sup>20</sup> Begriffssoziologisch lässt sich zudem als große Gemeinsamkeit bei der Betrachtung identischer Themen herausstellen, dass einem weberianischen Ansatz der Vorzug gegeben wird, das heißt dass die eigenen Fachsprachen dann nur selten beispielsweise begriffsgeschichtlich-rekonstruktiv, narratologisch, hermeneutisch oder genealogisch-dekonstruktiv verwendet

19 Spannend und interdisziplinär m.W. noch unzureichend reflektiert allerdings ist, dass Rawls' Spätwerk von kapitalistischer Ressourcenkoordination denkbar großen Abstand nimmt (vgl. Rawls 2006 [2001]; O'Neill / Williamson 2014; Thomas 2016.)

20 Eine umfassende Darstellung und Kritik der Gegenwartsökonomik liefert noch immer Sen 2000 [1999].

werden, sondern definatorisch im „soll heißen...“-Sinne von Max Webers *Soziologischer Kategorienlehre*. Gemeinsame Leitformeln wie „Staat“, „Wirtschaft“, „Rationalität“, „Individuum“ und anderen mehr können dadurch zugunsten vor allem schematischer Hypothesenmodellierung, quantitativer Datenverarbeitung und mathematischer Testverfahren forschungspragmatisch enggeführt und als intersubjektiv objektivierbare Gegebenheiten verwendet werden.<sup>21</sup> In dieser Hinsicht sind Minimalbedingungen wechselseitig erfolgreicher Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Disziplinen gegeben (was in den vergangenen Jahren nicht zuletzt politologische Binnenkritik provoziert, nämlich Fragen nach der methodologischen und thematischen Eigenständigkeit des Fachs aufgeworfen hat).<sup>22</sup> Etwaige „Deutungskonkurrenz“ zwischen den Disziplinen wäre dabei auf Deutungsmacht und Deutungserfolge reduziert, etwa auf die jeweilige Fähigkeit eines Fachs, sich für ähnliche Anliegen, Untersuchungsvorhaben und -ergebnisse wissenschaftspolitisch und öffentlich Gehör und Forschungsmittel zu verschaffen. Das ist weniger wissenschaftliche Deutungskonkurrenz als Konkurrenz um gesellschaftliche Deutungs- und politische Beratungsmacht.

(2) Einen zweiten Bereich möglicher Deutungskonkurrenz eröffnen die je spezifischen, funktionalistischen Perspektiven auf gemeinsame Gegenstandsbereiche. Während normative Ziele beider Perspektiven identisch sein können (zum Beispiel Effizienz, Effektivität, Gerechtigkeit, Gleichheit, Macht beziehungsweise Einfluss, Konfliktschlichtung beziehungsweise friedliche Kooperation usw.), lassen sich sowohl die Politik als auch die Ökonomie als Tauschverhältnisse konzipieren, wenngleich die Tauschmedien, -arenen und -zwecke sich unterscheiden mögen:<sup>23</sup> danach etwa, ob Positionen oder Innovationen errungen werden sollen, ob Gründe und Wahlstimmen getauscht werden oder Güter und Kapital, ob der Auftritt in der politischen Öffentlichkeit oder der Öffentlichkeit des Marktes erfolgt, ob mit dem Zweck kollektiver Verbindlichkeit und Legitimität oder dem der Koordination von Knappheit und Aneignung usw. Die dabei je vermutete Kausalität sozialen Handelns lässt dann allerlei Deutungsspielräume: Werden beispielsweise Positionen (Posten, Ämter, Marktstellung, Monopole etc.) errungen, um Entscheidungen beziehungsweise Innovationen zu ermöglichen oder werden Entscheidungen und Innovationen angestrebt, um Positionswechsel zu ermöglichen usf. In welchem Verhältnis stehen individuelle (zum Beispiel Fleiß, Kreativität, Talente, Charakter, Emotionen, Werthaltungen), informationelle (zum Beispiel Transparenz, Geschwindigkeit, *know how*), institutionelle (zum Beispiel rechtliche Autorität, politische Kultur und Wertennormen) und symbolische Faktoren (zum Beispiel Status, Habitus) zueinander, um präferierte Ziele zu erreichen etc.

Solche Ähnlichkeiten und Schnittmengen in der Beobachtung und Modellierung sozialen Handelns scheinen mir wesentliche Faktoren für die beidseitige Beliebtheit des anthropologischen Rationalitätsmodells eines nutzenmaximierenden, durch Unsicherheit bzw. Konkurrenz fixierten *homo oeconomicus* (Kirchgässner 2013) und des darin angelegten Verhandlungsmodus liberalen, tendenziell demokratischen Vertragsdenkens zu sein. Dass dieses im engeren Sinne „ökonomisch“ „rationalisierte“, nämlich auf theoretische Schlankheit und logische Eleganz angelegte Denken seinen konzeptionellen Ursprung in der Politischen Theorie des Thomas Hobbes findet und folglich selbst ideologischer Ausdruck einer

21 Als Beispiel eines vorsätzlichen Gegenteils lässt sich die Arbeit von Nonhoff 2006 anführen.

22 Vgl., wie oben, die fachverbandsseitige Sammlung DVPW o. J.

23 Wegner (2015: 55) benennt allerdings den markanten Punkt, dass Individuen „das Ziel liberaler Wirtschaftspolitik“ bilden und „nicht als Autoren dieser Politik vorgesehen“ sind.

bestimmten Gesellschaftsformation ist, braucht hier noch nicht im Detail interessieren (vgl. nur Arendt 1955 [1951]: 232 f.; Macpherson 1962; Hirschman 1984 [1977]) – dazu unten mehr. Relevant ist an dieser Stelle nur, dass erst durch die ideen- und realhistorische Gleichursprünglichkeit der Rationalitätshorizonte des wirtschaftsliberalen (Privat-)Interessen- und des liberalistischen Legitimitätsbegriffs einerseits die modelltheoretische Überlegung funktionalistisch bestimmter Handlungssphären ihren Siegeszug antrat, also die in der modernen Volkswirtschaftslehre normativierte Unterscheidung nach Markt und Staat, Wirtschaft und Politik usw., und dass andererseits gerade aufgrund des eher „utopischen“ Charakters dieser gleichwohl blick- und handlungsleitenden „Meistererzählung“ eine politische Kritik an den realen Folgen dieser Fiktion entwickelt werden konnte (vgl. Bohlender 2007: 16, 18; 2014). Bekanntlich ist diese Kritik wiederum keineswegs streng materialistisch, etwa marxistisch geblieben. Sie ist aus denkbar unterschiedlichen herrschaftssoziologischen Richtungen auch geprägt von Einsichten in eine allgemeinere Transformierbarkeit und weitreichende Transferierbarkeit verschiedener „Kapital“-Formen als materielle, kulturelle und symbolische Anerkennungs-, Netzwerk- und Macht-, das heißt einfach: als Inklusions- und Exklusionsmittel. Dem liegt die Beobachtung zugrunde, dass es ‚rein‘ wirtschaftlich rationalisierbare Motive kaum gibt, sondern die Preisbildung des Marktes Teil eines komplexeren sozialen Tausch- und Normierungsgeflechts von Status, Prestige, Glaubwürdigkeit etc. ist, das durch das Vermittlungs- und Anerkennungsmedium Geld nicht neutralisiert, sondern allenfalls mitstrukturiert, partiell objektiviert und dank der somit etwas verlässlicheren Austragung *einiger* gesellschaftlicher Basiskonflikte stabilisiert wird.<sup>24</sup>

Diese Voraussetzungen funktionalistischer Perspektiven auf gemeinsame Gegenstandsbereiche herauszustellen soll die gesellschafts- und sozialtheoretische Perspektive zu bedenken geben, dass die wissenschaftliche Thematisierungsgemeinschaft, innerhalb derer sich dann disziplinäre Deutungskonkurrenz entfalten ließe, immer schon vom analytischen Horizont liberaler Kategorien des neuzeitlichen Politikdenkens gerahmt ist. Die politischen Theorieangebote hierzu sind zahlreich. Sie verweisen notwendig auf den Begriff des Politischen selbst, insofern sie nicht einen wirtschaftsbezogenen „ökonomischen“ Begriff des Politischen, sondern ein politisch instrumentelles Verständnis von Wirtschaft als nur einer von vielen weiteren Konfliktaustragungsarenen entfalten und darum sehen, dass die moderne Ökonomik keinen Begriff von „Wirtschaft“, „ökonomischer Rationalität“ und „Tausch“ entwickeln und bewahren kann, der *jenseits* des dem vorausgehenden und zugrundeliegenden Ideenfundaments der bürgerlich-liberalen Verkehrsgesellschaft im durchaus Hegelschen Sinne läge.<sup>25</sup> Das ist kein zu unterschätzendes Problem angesichts des Umstands, dass, ausgehend von einem wirtschaftswissenschaftlich dominierten institutionenökonomischem Rationalismus, immer mehr politikökonomische und wirtschaftshistorische Analysen die spezifisch liberalistischen Deutungsmuster der Moderne auf vor- und außermoderne Gesellschaften und Kulturen meinen anwenden zu können und dann etwa – um ein extremes Beispiel anzuführen – Bruttosozialprodukte für das antike Athen ‚berechnen‘.<sup>26</sup>

24 Vgl. nur einerseits Ulmen 1991, andererseits Bourdieu 1992 [1983]; ferner nochmals Fraser / Honneth 2003.

25 Markant in diesem Sinne Greven 1999 und Rüb 2020. Die Beobachtung selbst geht auf Leo Strauss' Kritik an Carl Schmitts daraufhin revidiertem Begriff des Politischen zurück (vgl. Meier 2013 [1988]).

26 Vgl. Ober 2015. Ähnliche Zugriffe mit der Neuen Institutionenökonomie bei Föllinger 2016; Droß-Krüpe 2016; O'Halloran 2019.

Diese voranschreitende epistemische Homogenisierung und methodologische Monokultur verlangen meines Erachtens eine gesellschaftstheoretisch reflektierte Integration der disziplinären Perspektiven. Denn etwaige „Deutungskonkurrenz“ zwischen der insbesondere volkswirtschafts- und der politiktheoretischen Disziplin ist in den genannten Beispielen nicht auf konkurrierende Beobachtungsgegenstände bezogen, sondern darauf, welcher Beobachtungsweise die höhere und plausible Erklärungskraft zukommt: der der (gegebenenfalls erst gesellschaftsevolutionären) Unabhängigkeit oder der der historisch fortwirkenden, nämlich politisch-konstitutiven Wahlverwandtschaft von privatwirtschaftlicher Gesellschafts- und liberalistischer, tendenziell liberaldemokratischer Staatsverfassung. Denn schreitet die auch wissenschaftlich vertretene Universalitätsbehauptung einer eigentlich gesellschaftsspezifischen ökonomischen Rationalität unwidersprochen voran, liegt der Fehlschluss nahe, dass sich die wirtschaftswissenschaftlich präferierte Variante ökonomischer Rationalität auch jenseits einer ihr vorausgehenden liberalen Kultur entfalten und bewahren ließe.

Wirtschaftstheoretisch sollte diese Problemstellung interessieren, weil die heute wieder von vielen Beobachter\_innen insbesondere für EU-Europa diagnostizierte Gefahr eines autoritären Wettbewerbskapitalismus sich als ernsthafte Bedrohung der Marktwirtschaft reflektieren ließe.<sup>27</sup> Denn wenn Marktwirtschaft ohne politische Liberalität nicht zu haben ist, käme eine entsprechend interessierte Ökonomik ohne gesteigerte demokratiepolitische Reflexionskompetenz nicht aus. Politiktheoretisch wird dieses Risiko hierzulande gewöhnlich unter Rückgriff auf das sogenannte „Böckenförde-Paradoxon“ verhandelt. Wenden wir es auf das hiesige Themenspektrum an, finden sich tatsächlich kaum empirische Hinweise dafür, dass die systematische Verklammerung von modernen Freiheitsrechten und Marktwirtschaft ohne fundamentale Selbstschädigung einseitig gelockert werden könnte. Im Gegenteil: Selbst wenn Schuldzuschreibungen und Problematisierungstiefen variieren führt eine Vielzahl der (teils auch hier erwähnten) sozialwissenschaftlichen Fachliteratur die jeweils herausgestellten demokratischen und/oder marktwirtschaftlichen Krisen der Gegenwart auf scheiternde Balancen zwischen liberaldemokratischer Freiheit und marktwirtschaftlicher Wettbewerbsfreiheit zurück. Unter Stichworten wie Refeudalisierung und Patriomonalismus, Rentenökonomie, Marktversagen, Marktprivatisierung, MMT oder „r>g“ verweist eine beachtliche Zahl neuerer wirtschaftstheoretischer Arbeiten dabei nicht mehr nur auf kleinere ‚Dysfunktionalitäten‘ oder behebbare Schwachstellen wirtschaftstheoretischer Modelle, sondern auf ein denkbare bis mehr oder minder schon faktisches Ende marktwirtschaftlicher Bestandsvoraussetzungen.

Dabei wird vor allem der rasant gestiegenen „Unknappheit“ (Staab 2019) von realwirtschaftlich investierbarem Finanzkapital eine entscheidende Rolle beigemessen, denn seine Produktion, Sicherung und Verwendung ermöglicht einigen wenigen Unternehmen und einigen wenigen Staaten extreme Machtkonzentrationen, die sich weder wettbewerblich noch regulatorisch nach lehrbuchhaftem Vorbild mehr abbauen lassen. Vor diesem Hintergrund müsste eine dies spiegelnde demokratiewissenschaftliche Krisenliteratur, die ja eine tendenzielle Privatisierung, Elitarisierung oder Segmentierung politischer Macht ebenfalls zur Genüge registriert, die neuen Tauschverhältnisse weniger *allgemein* ökonomiekritisch problematisieren als in professioneller Kooperation mit einer entsprechend interessierten Wirtschaftswissenschaft. Ironischerweise könnte eine produktive Deutungs-

---

27 Vgl. etwa, wie oben, Brunkhorst 2012 und Offe 2016; mit Rückgriff auf Pointen Lukas Oberndorfers und Nicos Poulantzas („autoritärer Wettbewerbskapitalismus“) auch Sparsam / Flachmeyer 2020.

konkurrenz dann just darin bestehen, nicht auf die moralische Anstößigkeit von Preisbildung und Kommerzialisierung zu verweisen, sondern eine marktwirtschaftliche Preisbildung durch politische Stärkung „monetärer Souveränität“ gegen privilegierte oder autonom generierte Zahlungsfähigkeit in Stellung zu bringen,<sup>28</sup> sozusagen auf eine Wiederannäherung von Bonität, Liquidität und Legitimität zu setzen.

(3) Damit kann ein hier abschließender Bereich möglicher Deutungskonkurrenz zwischen politischer und ökonomischer Theorie aufgerufen und vertieft werden: die These, dass die erst neuzeitliche und gesellschaftstypenkonkrete Spezifik volkswirtschaftlicher Ökonomik einen politisch reflektierenden Wirtschaftsbegriff verlangt.<sup>29</sup> Denn wenn erst durch die Denkfigur eines methodologischen Individualismus jene nach Privateigentumsmarktgesellschaft und politischer Staatsherrschaftslegitimierung differenzierende Parallele denkbar wurde, deren im englischen Revolutionsjahrhundert historisch erstmals aufkommender Beziehung sich die Hobbes'sche Problemstellung und die liberale Entfaltung des hobbesianischen Problemlösungsvorschlag verdanken, dann ist „das Politische“ nicht nur *älter* als das gesamtwirtschaftliche, also nicht nur haus- oder schon staatswirtschaftliche Denken (beides war ausweislich der aristotelischen Werke und Xenophons in der Antike bekannt und ist im engeren Sinne rationalistisch motiviert, also durch Knappheit und die daraus folgenden Verteilungskonflikte bezüglich notwendiger Ressourcen bedingt; auch für die vorhistorische Zeit finden sich systematische Belege (Schumpeter 2007 [1965] insb.: 73 f., 89 ff.; Scott 2019 [2017])) und das in der Frühen Neuzeit systematisch beginnende Risikounternehmertum.<sup>30</sup> Eigenlogisch ‚ökonomische‘ ‚Interessen‘ und ‚Motive‘ lassen sich dann – wie schon angedeutet wurde – nicht umstandslos auf beliebige Zeiten, politische Kulturen und Ereignisse projizieren und für eine sozialwissenschaftlich befriedigende Erklärung heranziehen, ohne zugleich angeben zu müssen, was die gesellschaftlichen und wissenssoziologischen Voraussetzungen einer solchermaßen eigenständigen Rationalität gewesen sein könnten. Immerhin fallen selbst frühe Ansätze einer volkswirtschaftlichen Prosperitäts- und Gesamtrechnung erst in die Hobbes'sche Zeit. Und es war ausgerechnet ein früherer Assistent von Hobbes, William Petty, der sich an einer solchen versuchte, als er für Oliver Cromwell okkupiertes irisches Land zu vermessen begann, das radikaldemokratische Gleichheitsrenten für die Veteranen der *New Model Army* abwerfen sollte.<sup>31</sup> Selbst hier also: von individualistischer Privatnützigkeit ökonomischer Rationalität keine Spur; es ging um die Mehrung republikanischer Staatsmacht.

28 Entsprechend interdisziplinär ambitionierten geldtheoretischen Grundlagen widmet sich die neue Forschungsgruppe „Monetäre Souveränität“ am Hamburger Institut für Sozialforschung; zur Diskussion währungspolitischer demokratischer Souveränität Streeck 2013a.

29 Eine kontramaterialistische Verallgemeinerung hat mit Rückgriff auf Max Weber und Carl Schmitt Gary Ulmen pointiert (1991: 9): „In jedem Machtkampf verwandelt sich das Wirtschaftliche ins Politische, wodurch deutlich wird, daß nicht das Wirtschaftliche sondern das Politische das Ganze ist, und daß wirtschaftlicher Mehrwert, recht verstanden, die Metapher für politischen Mehrwert ist“.

30 Max Weber unterscheidet über die bloße Bedarfsdeckungswirtschaft (Effektivitätsorientierung: ein materiell unerlässlicher Produktionserfolg muss durch Herstellung oder Aneignung realisiert werden) hinaus darum drei auch historisch identifizierbare Varianten des „Kapitalismus“: den maßgeblich antiken „politischen“ Kapitalismus (herrschaftsmotivierte Güterordnung), den spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen „Händlerkapitalismus“ (risikobuchhalterisch kalkuliertes Unternehmertum) sowie den modernen, bürokratisch koordinierten, selbstzweckhaft „rationalen Kapitalismus“ (rentabilitätsorientierte Gütervermehrungskonkurrenz) (vgl. dazu kurzerhand Swedberg 1999).

31 Marx lässt im Kapital die Nationalökonomie überhaupt erst mit Petty beginnen – dazu ausführlicher Huhnholz 2018.

Waren also den vorhobbesianischen Epochen Epistemik, Pragmatik und Semantik jener effizienz- und nutzensteigernden Motivationsart weithin unbekannt, die in heutiger Wortverwendung als „ökonomisch“ bezeichnet und mit strenger Effizienz- statt Effektivitätsorientierung assoziiert werden (Burkhardt 1990; Bürgin 1982; Foucault 2006, insb.: 143–154), ist die prinzipielle Differenzierung zwischen politischem Herrschafts- und gesellschaftlichem Wirtschaftsdenken ein Charakteristikum erst der eingeläuteten Neuzeit. Materialistisch besehen ließe sich dies auf die statische beziehungsweise zyklische Produktionsweise agrarischer Kulturen zurückführen: ökonomische Rationalität zugunsten von Wirtschaftswachstum im modernen, volkswirtschaftlichen Sinne scheint erst ein Effekt des vom Boden langsam emanzipierten „mobilen“ Kapitals und Finanzkapitals sowie des Zugriffs auf externe Ressourcen durch Kolonialismus und fossile Energiegewinnung zu sein.<sup>32</sup> Finanzideengeschichtlich besehen ließe sich dasselbe durch die Entwicklung makroökonomischen Denkens aus der fürstlichen Finanzwirtschaft erklären (grundlegend Mann 1978 [1937]).

Die aus sehr kleinen antiken Isolationsgemeinschaften herrührende, säuberlich anmutende Differenz jedenfalls zwischen einer häuslichen und einer politischen Sphäre war demgegenüber eine *normative* Forderung, die am Status des freien Bürgers eines freien Gemeinwesens anknüpfte und beider politische Korruption durch entweder wirtschaftliche Abhängigkeiten fürchtete und ein Übergreifen der im *oikos* realisierten Vermögensmacht in die von Gleichheitsvoraussetzungen zehrende Öffentlichkeit der *polis*. Transformiert in den Individualismusbegriff des modernen Kontraktualismus konnte sich dieses Verhältnis nach seiner mittelalterlichen Irrelevanz erst in Gestalt des neuzeitlichen Eigentumsdiskurses modernisieren (vgl. Ottow 1996), dessen revolutionäre wirtschaftsethische Transformation die Arbeit, wie von Thomas Hobbes und John Locke über Adam Smith bis Hannah Arendt beobachtet wurde, nicht mehr als Ausdruck armseliger Mühsal geringschätzte, sondern als Quelle von Wohlstand und Sinn entdeckte (vgl. Brocker 1992). Dass damit, laut Arendt, eine Entpolitisierung der öffentlichen Sphäre zugunsten des in der römischen Antike entstandenen, letztlich amorphen Begriffs des „Sozialen“ einhergeht, war eine der kritischeren Pointen (Arendt 1960 [1958]), gegen die allerdings festgestellt werden kann, dass noch in der Aufklärung „der Raum des Öffentlichen nicht der Markt“ der Wirtschaftsbürger war, „sondern der Staat“ als Resonanzrahmen der „öffentlichen Meinung“ (Priddat 2008: 152; Habermas 1962). Erst durch die industrielle Entfaltung einer zunehmend massengesellschaftlich integrierten Nationalstaatlichkeit ließ sich das „Phantasma ‚Wirtschaft‘“ (Buck-Morss 2011 [2009]: 16) systematischer fassen und als Steuerungsinstrument „liberalen Regierungsdenkens“ funktional so konkretisieren, dass „Märkte“ im modernen Verständnis möglich wurden (vgl. dazu wie oben Bohlender 2007; klassisch Polanyi 2015 [1944]). Erst hierdurch konnte die staatswissenschaftliche Ausdifferenzierung nach Politik und Ökonomik überhaupt beginnen (Maier 1969).

Somit wäre aus einer politiktheoretischen und ideenhistorischen Perspektive die universalisierende Annahme zu verwerfen, dass selbst ohne entsprechende Begriffe, Disposi-

32 Ideenhistorisch Pocock 1985; Hirschman 1984 [1977]. Zur energetischen Betrachtung vgl. (den erst später aus anderen Gründen umstrittenen) Siefert 1997 sowie zum klimatologisch begründeten Übergang ideenpolitischer Abkehr von (schwindenden) Bodenrenten und statischer Feudalmoral zu globaler Landnahme, Geldkapital und konkurrenzialer Gleichheitsmoral publizistisch Blom 2017. Zur Humangeographie und klimatologischen Ideengeschichte siehe immer wieder auch die „big history“ (zum Beispiel Morris 2020) und besonders prominent hinsichtlich des westlichen *take off* durch plötzliche Land- und Kohleressourcen Pomeranz 2000.



tive und Episteme in jeder Epoche und Kultur solche politischen Imperative und ökonomischen Handlungsmotive bewusst vorliegen oder vorgelegen haben könnten, wie sie der bürgerlichen Gesellschaftsformation der westlichen Moderne als typisch, wenn nicht universell gelten. Eine solche Einsicht hebt nicht etwa die Rationalitäten eigennützig und nutzenmaximierenden Wirtschaftens auf, wie sie von Adam Smith über Max Weber bis Ludwig Mises aufgezeigt, wenngleich nicht verabsolutiert, sondern mit außerwirtschaftlichen Voraussetzungen belegt wurden. Sie identifiziert solche Rationalitäten aber als historisch entstandene, nur kulturspezifisch wirksame Wirtschaftsethiken (vgl. Leipold 2006), die ideologisch und vielfach religiös formiert (vgl. zum Beispiel Vogl 2015; Ulmen 1991) und politisch darum nicht nur wandel-, gestalt- und auch wieder aufhebbar sind, sondern schon seit Jahrzehnten nicht mehr ohne systematische Zuarbeit und Sicherung durch liberaldemokratische Staaten auskommen.<sup>33</sup>

Eine etwaige Deutungskonkurrenz zwischen der insbesondere volkswirtschafts- und der politiktheoretischen Disziplin wäre hinsichtlich des Wirtschaftsbegriffs mithin nun doch etwas polemischer zu fundieren, nämlich dadurch charakterisiert, dass der politiktheoretische Fokus in der Tradition des klassischeren, umfassender sozialökonomischen Blicks allein schon die Möglichkeit eines ‚rein‘ wirtschaftlichen, gewissermaßen vor- und unpolitischen Denkens schlichtweg bestreiten muss. Eine ökonomische ‚Wirklichkeit der Verhältnisse‘, die ‚harten ökonomischen Fakten‘, die ganze in der späten Moderne eingeschlossene Phraseologie von „There is no alternative“ bis „It’s the economy, stupid!“ würde damit nicht nur unter den ohnehin üblichen Ideologieverdacht gestellt, sondern als Ausdruck (nicht zwingend abzulehnender) *politischer* Entscheidungen, Strukturen und Legitimitätsregimes reflektiert.

Dadurch freilich erhalte die disziplinäre „Deutungskonkurrenz“ eine fundamentalere politische Konflikthaftigkeit. Denn dann hätte die Politische Theorie und Ideengeschichte (im arbeitsteiligen Verbund mit weiteren Disziplinen) die von den Wirtschaftswissenschaften mitbetriebene allgemeine Ökonomisierung gegenwärtiger Demokratie- und Gesellschaftsverständnisse und -praktiken nicht nur zu beforschen (vgl. dazu Schaal et al. 2014; Bohmann / Lindner 2020), sondern deren vermeintlich universelle Evidenz und gleichsam naturhaft inszenierten Interpretationsmuster und Handlungsempfehlungen zu bestreiten. Ob und wie dies unter den Bedingungen einer heute selbst zum „akademischen Kapitalismus“ bekehrten Wissenschaft und ihren universitären Unternehmen überhaupt gelingen können sollte, ist eine andere Frage (vgl. dazu Münch 2011; 2009; Mau 2018).

## 5. Fazit

In diesem Beitrag kam es darauf an, konstruktive „Deutungskonkurrenzen“ zwischen Politischer Theorie und Wirtschaftsforschung zu vermessen und an ausgesuchten Beispielen zu vertiefen. Nicht normative oder fachspezifisch isolierte Deutungsdifferenzen, sondern nur interdisziplinär fassbare und entsprechend produktiv verwendbare Schnittmengen waren zu identifizieren, weshalb hier gemeinsame Beobachtungs- und Problembereiche und weniger deren disziplinär kontrastierte Bewertungen interessierten.

Als echte Konkurrenzkonstellationen wurden die öffentliche Deutungsmacht der Fächer sowie die Frage gesellschaftspolitischer Voraussetzungen freien Wirtschaftens und

33 Zu einer Fülle empirischer Nachweise, wie oben, Iversen / Soskice 2019; Mazzucato 2014; Offe 2016.

der Wirtschaftsbegriff der modernen Ökonomik vertieft thematisiert. Die disziplinäre Konkurrenz um forschungspolitisches *standing*, öffentliche Geltung und gesellschaftliche Mitgestaltungsmacht brauchte dabei nicht sonderlich interessieren – die Asymmetrie des im weiten Sinne ‚wirtschaftspolitischen‘ Einflusses der Fächer liegt auf der Hand, erklärt sich freilich nicht allein aus funktional begründbaren Kompetenzen. Aus politiktheoretischer und vor allem demokratisch interessierter Perspektive gewichtiger ist die gesellschaftspolitische Frage, wie weit sich moderne ökonomische Modelle und Theorien wirtschaftlichen Handelns ohne systematische Zugrundelegung liberaldemokratischer Normen und Institutionen überhaupt konzipieren lassen. Nicht nur der historische Rückblick und die empirische ökonomische Gegenwartsforschung zeichnen dahingehend ein außerordentlich düsteres und alarmierendes Bild. Auch die Politische Theorie beweist die strukturell unhintergehbare und tiefe Homologie der Rationalitätsannahmen und Nutzenkalküle marktwirtschaftlichen Denkens mit einem liberaldemokratischen Kultur- und Politikverständnis, sodass trotz berechtigter Befürchtungen und vielen einschlägigen Diagnosen und Prognosen über einen wiedererstarkenden autoritären Kapitalismus keinerlei Aussicht besteht, dass sich die heute wirtschaftstheoretisch dominierenden Marktfreiheits- und Effizienzkonzepte jenseits stabiler demokratischer Rechtsstaatlichkeit bewähren könnten.

Damit schließlich lässt sich der aus der Politischen Ideengeschichte destillierte „Wirtschafts“-Begriff hegemonialer Marktwirksamkeitstheorien – und insbesondere die tendenziell individualistische Annahme rationaler Tauschorientierung und relativer Nutzenmehrung – in die Schranken eines liberalen Begriffs des Politischen rückbetten, der das Individualpräferenzenprimat und die freie Leistungssteigerung des *homo oeconomicus* nicht als ‚natürliches‘ Verhalten des Menschen oder unternehmerische Ermöglichungsbedingung staatlicher Tätigkeit und gesellschaftlicher Wohlstandsmehrung feiert, sondern als eine soziale Rolle, die sich erst und nur unter politisch gesicherten Gleichheitsbedingungen optional einnehmen und entfalten lässt. So besehen liefe selbst noch die Kritik an einer gleichwie „entfesselten“ Wirtschaft treffsicher auf ein konzeptionelles Paradox hinaus, da gesamtwirtschaftliche Rationalität jenseits politisch stabiler Ordnungsrahmen nicht denkbar, die moderne Wirtschaftslehre folglich ohne einen historisch und kulturell höchst voraussetzungsvollen *politischen* Ökonomiebegriff nicht zu haben ist.

Angesichts der Geburt der historischen Nationalökonomie aus dem Klassiker\_innenkanon der Politischen Ideengeschichte und der strukturellen Verankerung der modernen Ökonomik in einem liberalen Politikbegriff ist die eingangs skizzierte, bisweilen polarisierende Distanz der gegenwärtigen Politischen Theorie zur Ökonomik weder selbstverständlich noch angebracht. Ob die derzeitigen Forschungsbedingungen teils extremer Spezialisierung sowie kleinteiliger, rasant getakteter und unübersichtlicher Publikationsimperative Freiräume für eine Wiederannäherung zugunsten interdisziplinär wirkmächtiger Effekte, eben konstruktiver Verständigung lassen, ist dennoch fraglich. Allerdings könnten einige neuere, integrierte Studiengänge, in denen die Politische Theorie nicht nur als wirtschaftsethisches Feigenblatt vorgehalten wird, ebenso hoffnungsfroh stimmen wie der eingangs genannte wachsende Reformdruck, der fachintern von vielen Studierenden und jüngeren Forscher\_innen gegen eine orthodoxe und traditionelle Lehrbuchökonomik zugunsten inter- und transdisziplinärer, demokratie- und diversitätsoffener Perspektiven aufgebaut wird. Daran mitzuwirken scheint mir eine lohnenswerte Zukunftsaufgabe für die Politische Theorie zu sein.

## Literatur

- Adloff, Frank, 2018: Politik der Gabe, Hamburg.
- AK Postwachstum, 2016 (Hg.): Wachstum – Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise, Frankfurt (Main) / New York.
- Anderson, Elizabeth 2019 [2017]: Private Regierung. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden), Berlin.
- Arendt, Hannah, 1955 [engl. Urfassung 1951]: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, Frankfurt (Main).
- Arendt, Hannah, 1960 [1958]: Vita Activa oder Vom tätigen Leben, Stuttgart.
- Asbach, Olaf, 2014 (Hg.): Der moderne Staat und „le doux commerce“, Baden-Baden.
- Barth, Jonathan / Gran, Christoph / Egan-Krieger, Tanja von, 2017: : Plurale Ökonomik als wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftswissenschaftliche Bearbeitung von Degrowth. In: Corinna Burkhart et al. (Hg.), Degrowth in Bewegung(en), München, 272–283.
- Biebricher, Thomas / Vogelmann, Frieder, 2014: Die Zukunft Europas zwischen Demokratie und Kapitalismus. In: Politische Vierteljahresschrift 55, 1–17.
- Biebricher, Thomas, 2019: Das politische Denken des Neoliberalismus. In: Karsten Fischer / Sebastian Huhnholz (Hg.), Liberalismus. Traditionsbestände und Gegenwartskontroversen, Baden-Baden, 173–192.
- Blom, Philipp, 2017: Die Welt aus den Angeln. Eine Geschichte der Kleinen Eiszeit von 1570–1700, München.
- Bloom, Harald / Fischer, Karsten, 2002 (Hg.): Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit der Macht. Theorien politischer Korruption, Baden-Baden.
- Bohlender, Matthias, 2007: Metamorphosen des liberalen Regierungsdenkens. Politische Ökonomie, Polizei und Pauperismus, Weilerswist.
- Bohlender, Matthias, 2014: Adam Smith oder Von der Kritik der Staatsvernunft zum „utopischen Kapitalismus“. In: Olaf Asbach (Hg.), Der moderne Staat und „le doux commerce“, Baden-Baden, 157–180.
- Bohmann, Ulf / Lindner, Diana, 2020: Logik der Ökonomisierung. In: Sozialer Sinn. Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung 21, 25–54.
- Boltanski, Luc / Chiapello, Ève, 2003 [1999]: Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Boltanski, Luc / Esquerre, Arnaud, 2018 [2017]: Bereicherung. Eine Kritik der Ware, Berlin.
- Borchert, Jens / Lessenich, Stephan, 2016: Claus Offe and the Critical Theory of the Capitalist State, New York.
- Bourdieu, Pierre, 1992 [1983]: Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Ders., Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg, 49–80.
- Brocker, Manfred, 1992: Arbeit und Eigentum: Der Paradigmenwechsel in der neuzeitlichen Eigentumstheorie, Darmstadt.
- Brunkhorst, Hauke, 2012: Legitimationskrisen. Verfassungsprobleme der Weltgesellschaft, Baden-Baden.
- Brunkhorst, Hauke, 2014: Das doppelte Gesicht Europas, Berlin.
- Buck-Morss, Susan, 2011 [2009]: Hegel und Haiti. Für eine neue Universalgeschichte, Frankfurt (Main).
- Bürgin, Alfred, 1982: Merkantilismus: Eine neue Lehre von der Wirtschaft und der Anfang der politischen Ökonomie. In: Fritz Neumark (Hg.), Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie II, Berlin, 9–61.
- Burkhardt, Johannes, 1990: Das Haus, der Staat und die Ökonomie. Das Verhältnis von Ökonomie und Staat in der neuzeitlichen Institutionengeschichte. In: Gerhard Göhler / Rainer Schmalz-Bruns (Hg.), Die Rationalität politischer Institutionen, Baden-Baden, 169–187.
- Corneo Giacomo, 2014: Bessere Welt: Hat der Kapitalismus ausgedient? Eine Reise durch alternative Wirtschaftssysteme, Wien.
- Data USA, o.J.: Vergleich zwischen „Political Science & Government“ und „Economics“; <https://datausa.io/profile/cip/political-science-government?compare=economics>, 23.09.2020.
- Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), o.J.: Debatte zum Fach. Sammlung; <https://www.dvpw.de/informationen/debatte-zum-fach/>, o.D.

- Dietsch, Peter, 2015: *Catching Capital: the Ethics of Tax Competition*, Oxford.
- Dörr, Julian / Goldschmidt, Nils / Störring, Matthias, 2018: Die ökonomische Analyse des Staates und der Politik. In: Rüdiger Voigt (Hg.), *Handbuch Staat*, Band 1, Berlin, 65–76.
- Downs, Anthony, 1968 [1957]: *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen.
- Droß-Krüpe, Kerstin, 2016 (Hg.): *Antike Wirtschaft und ihre kulturelle Prägung. The Cultural Shaping of the Ancient Economy*, Wiesbaden.
- Fischer, Karsten / Huhnholz, Sebastian, 2019 (Hg.): *Liberalismus. Traditionsbestände und Gegenwarts-kontroversen*, Baden-Baden.
- Föllinger, Sabine, 2016: *Ökonomie bei Platon*, Berlin / Boston.
- Foucault, Michel, 2006: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Die Geburt der Gouvernementalität I (Vorlesungen am Collège de France 1978–1979, Band 2)*, Frankfurt (Main).
- Foundational Economy Collective, 2019 [2018]: *Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infra-strukturpolitik*, Berlin.
- Fraser, Nancy / Honneth, Axel, 2003: *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt (Main).
- Fraser, Nancy / Gordon, Linda, 1994: Die Einforderung sozialer Bürgerrechte. Jenseits der Ideologie von Vertrag kontra Wohltätigkeit. In: Günter Frankenberg (Hg.), *Auf der Suche nach der gerechten Ge-sellschaft*, Frankfurt (Main), 185–203.
- Gerg, Stephan, 2019: *Nudging. Verfassungsrechtliche Maßstäbe für das hoheitliche Einwirken auf die innere Autonomie des Bürgers*, Tübingen.
- Gosepath, Stefan, 2004: *Gleiche Gerechtigkeit. Grundlagen eines liberalen Egalitarismus*, Frankfurt (Main).
- Greven, Michael Th., 1999: *Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Re-gierens und der Demokratie*, Opladen.
- Habermas, Jürgen, 1962: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bür-gerlichen Gesellschaft*, Berlin / Neuwied.
- Hamburger Institut für Sozialforschung, o.J.: *Forschungsgruppe Monetäre Souveränität*; <https://www.his-online.de/forschung/forschungsgruppe-monetaere-souveraenitaet/>, o. D.
- Haucap, Justus / Thomas, Tobias, 2014: *Wissenschaftliche Politikberatung: Erreicht der Rat von Öko-nomen Politik und Öffentlichkeit?* In: *Wirtschaftsdienst* 94, 180–186.
- Herzog, Lisa, 2013: *Inventing the Market: Smith, Hegel, and Political Theory*, Oxford.
- Herzog, Lisa, 2017 (Hg.): *Just Financial Markets? Finance in a Just Society*, New York.
- Herzog, Lisa, 2019: *Welche Märkte, wessen Wirtschaft?* In: Karsten Fischer / Sebastian Huhnholz (Hg.), *Liberalismus. Traditionsbestände und Gegenwarts-kontroversen*, Baden-Baden, 195–216.
- Herzog, Lisa / Honneth, Axel, 2014 (Hg.): *Der Wert des Marktes. Ein ökonomisch-philosophischer Dis-kurs vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Berlin.
- Hirschman, Albert O., 1984 [1977]: *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapita-lismus vor seinem Sieg*, Frankfurt (Main).
- Hirschman, Daniel / Popp Berman, Elizabeth, 2014: *Do Economists Make Policies? On the Political Ef-fects of Economics*. In: *Socio-Economic Review* 12, 779–811.
- Hont, Istvan, 2015: *Politics in Commercial Society. Jean-Jacques Rousseau and Adam Smith*, Cambridge.
- Huhnholz, Sebastian, 2018: *Zur Ideengeschichte finanzverfassungspolitischen Freiheitsdenkens. Ver-säumnisse und Potentiale einer fiskalpolitologischen Demokratietheorie*. In: Ders. (Hg.), *Fiskus – Verfassung – Freiheit. Politisches Denken der öffentlichen Finanzen von Hobbes bis heute*, Baden-Baden, 9–59.
- Iversen, Torben / Soskice, David, 2019: *Democracy and Prosperity. Reinventing Capitalism through a Turbulent Century*, Princeton.
- Jancke, Gabriele / Schläppi, Daniel, 2015a (Hg.): *Die Ökonomie sozialer Beziehungen. Ressourcenbe-wirtschaftung als Geben, Nehmen, Investieren, Verschwenden, Haushalten, Horten, Vererben, Schulden*, Stuttgart.
- Jancke, Gabriele / Schläppi, Daniel, 2015b: *Einleitung. Ressourcen und eine Ökonomie sozialer Bezie-hungen*. In: dies. (Hg.), *Die Ökonomie sozialer Beziehungen. Ressourcenbewirtschaftung als Ge-ben, Nehmen, Investieren, Verschwenden, Haushalten, Horten, Vererben, Schulden*, Stuttgart, 7–33.

- Jansen, Stephan A. / Priddat, Birger P., 2005 (Hg.): *Unaufgeklärter Kapitalismus. Multidisziplinäre Perspektiven zu Funktionen und Folgen der Korruption*, Wiesbaden.
- Jesse, Eckhard, 2018: *Politikwissenschaft*. In: Rüdiger Voigt (Hg.), *Handbuch Staat*, Band. 1, Berlin, 89–97.
- John, Peter, 2013: *Political Science, Impact and Evidence*. In: *Political Studies Review* 11, 168–173.
- Jörke, Dirk, 2019: *Die Größe der Demokratie. Über die räumliche Dimension von Herrschaft und Partizipation*, Wiesbaden.
- Kirchgässner, Gebhard, 2013: *Homo oeconomicus. Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 4., ergänzte und erweiterte Auflage, Tübingen.
- Kirchhof, Paul, 1996: *Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Steuern*. In: Ders. / Birk, Dieter / Lehner, Moris (Hg.), *Steuern im Verfassungsstaat*, München, 27–64.
- Knöbl, Wolfgang, 2017: *Zwei Leerstellen der neueren Kapitalismustheorie. Über Mehrwert und Profit*. In: *Mittelweg* 36 26 (6), 55–74.
- Leipold, Helmut, 2006: *Kulturvergleichende Institutionenökonomik*, Stuttgart.
- Lenger, Friedrich, 2018: *Globalen Kapitalismus denken. Historiographie-, theorie- und wissenschaftsgeschichtliche Studien*, Tübingen.
- Lessenich, Stephan, 2016: *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, Berlin.
- Macpherson, Crawford B., 1962: *The Political Theory of Possessive Individualism: From Hobbes to Locke*, Oxford.
- Maier, Hans, 1969: *Politische Wissenschaft in Deutschland. Aufsätze zur Lehrtradition und Bildungspraxis*, München.
- Mann, Fritz Karl, 1978 [1937]: *Steuerpolitische Ideale. Vergleichende Studien zur Geschichte der ökonomischen und politischen Ideen und ihres Wirkens in der öffentlichen Meinung 1600-1935*, Darmstadt.
- Manow, Philip, 2019: *Die Politische Ökonomie des Populismus*, Wiesbaden.
- Mau, Steffen, 2018: *Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen*, Berlin.
- Mause, Karsten / Müller, Christian / Schubert, Klaus, 2018 (Hg.): *Politik und Wirtschaft. Ein integratives Kompendium*, Wiesbaden.
- Mazzucato, Mariana, 2014: *Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum*, München.
- Mazzucato, 2019: *Wie kommt der Wert in die Welt? Von Schöpfern und Abschöpfern*, Frankfurt (Main) / New York.
- Meier, Heinrich, 2013 [1988]: *Carl Schmitt, Leo Strauss und „Der Begriff des Politischen“*. Zu einem Dialog unter Abwesenden, 3. Auflage, Stuttgart.
- Memushi, Armando, 2013: *Conspicuous Consumption of Luxury Goods. Literature Review of Theoretical and Empirical Evidences*. In: *International Journal of Scientific and Engineering Research* 4, 250–255.
- Michéa, Jean-Claude, 2015: *Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft*, Berlin.
- Mises, Ludwig, 2007 [1932]: *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*. Umgearb. 2. Auflage, Stuttgart.
- Morris, Ian, 2020: *Beute, Ernte, Öl. Wie Energiequellen Gesellschaften formen*, München.
- Münch, Richard, 2009: *Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA*, McKinsey & Co, Frankfurt (Main).
- Münch, Richard, 2011: *Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform*, Frankfurt (Main).
- Murphy, Liam / Nagel, Thomas, 2002: *The Myth of Ownership*, New York.
- Neuhäuser, Christian, 2018: *Reichtum als moralisches Problem*, Berlin.
- Nonhoff, Martin / Vogelmann, Frieder, 2016 (Hg.): *Politische Theorie in der Krise*. In: *Mittelweg* 36 25 (2).
- Nonhoff, Martin 2006: *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“*, Bielefeld.
- Nullmeier, Frank, 2013: *Politische Theorie der Marktökonomie*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 54, 426–460.

- Nullmeier, Frank, 2016: Globale Gesellschaftstheorie. Politische Theorie und ihre gesellschaftstheoretischen Bezüge. In: Andreas Niederberger / Regina Kreide (Hg.), Internationale Politische Theorie. Eine Einführung, Stuttgart, 3–19.
- O'Halloran, Barry, 2019: The Political Economy of Classical Athens. A Naval Perspective, Leiden.
- O'Neill, Martin / Williamson, Thad, 2014: Property-owning Democracy: Rawls and beyond, Hoboken.
- Ober, Josiah 2015: Classical Athens. In: Walter Scheidel / Andrew Monson (Hg.), Fiscal Regimes and the Political Economy of Premodern States, Cambridge, 492–522.
- Offe, Claus, 2016: Europa in der Falle, Berlin.
- Olson, Mancur, 2002 [2000]: Macht und Wohlstand. Kommunistischen und kapitalistischen Diktaturen entwachsen, Tübingen.
- Ottow, Raimund, 1996: Markt – Tugend – Republikanismus. Probleme gesellschaftlicher Modernisierung im britischen politischen Denken 1670–1790, Berlin.
- Petersen, David J. et al., 2019 (Hg.): Perspektiven einer pluralen Ökonomik, Berlin.
- Piketty, Thomas 2020 [2019]: Kapital und Ideologie, München.
- Pistor, Katharina, 2019: The Code of Capital. How the Law Creates Wealth and Inequality, Princeton / Oxford.
- Pocock, John G.A., 1985: Virtue, Commerce, and History. Essays on Political Thought and History, Chiefly in the Eighteenth Century, New York.
- Polanyi, Karl, 2015 [1944]: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Berlin.
- Pomeranz, Kenneth, 2000: The Great Divergence. China, Europe, and the Making of the Modern World Economy, Princeton.
- Priddat, Birger, 2008: Öffentliche Güter als politische Güter. In: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen 31, 152–173.
- Rasmussen, Dennis C., 2018: The Problems and Promise of Commercial Society. Adam Smith's Response to Rousseau, University Park.
- Rawls, John, 1979 [1971]: Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt (Main).
- Rawls, John, 2006 [2001]: Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf, Frankfurt (Main).
- Risse, Mathias / Wollner, Gabriel, 2019: On Trade Justice. A Philosophical Plea for a New Global Deal, New York.
- Ronge, Bastian, 2015: Das Adam-Smith-Projekt. Zur Genealogie der liberalen Gouvernamentalität, Wiesbaden.
- Rosanvallon, Pierre, 2014 [2013]: Die Gesellschaft der Gleichen, Hamburg.
- Rüb, Friedbert W., 2020: Das Jahrhundert der Politik. Eine Geschichte des 20. Jahrhunderts im Licht ihrer Politikbegriffe, Baden-Baden.
- Sahr, Aaron, 2017: Keystroke-Kapitalismus. Ungleichheit auf Knopfdruck, Hamburg.
- Sandel, Michael, 2012: Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes, München.
- Schaal, Gary S. / Lemke, Matthias / Ritzi, Claudia, 2014 (Hg.): Die Ökonomisierung der Politik in Deutschland. Eine vergleichende Politikfeldanalyse, Wiesbaden.
- Schefczyk, Michael, 2003: Umverteilung als Legitimationsproblem, Freiburg / München.
- Schläppi, Daniel / Gruber, Malte, 2018 (Hg.): Von der Allmende zur Share Economy. Gemeinbesitz und kollektive Ressourcen in historischer und rechtlicher Perspektive, Berlin.
- Schumpeter, Joseph A., 2007 [1965]: Geschichte der ökonomischen Analyse. Herausgegeben von Elizabeth B. Schumpeter mit einem Vorwort von Fritz Karl Mann und einer Einführung von Alexander Ebner, Göttingen.
- Scott, James C., 2019 [2017]: Die Mühlen der Zivilisation. Eine Tiefengeschichte der frühesten Staaten, Berlin.
- Sen, Amartya, 2000 [1999]: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München / Wien.
- Sieferle, Rolf Peter, 1997: Rückblick auf die Natur. Eine Geschichte des Menschen und seiner Umwelt, München.
- Sloterdijk, Peter, 2010: Die nehmende Hand und die gebende Seite, Frankfurt (Main).

- Söllner, Fritz / Stulpe, Alexander / Schaal, Gary S., 2018: Politische und ökonomische Theorie- und Ideengeschichte. In: Karsten Mause / Christian Müller / Klaus Schubert (Hg.), Politik und Wirtschaft. Ein integratives Kompendium, Wiesbaden, 22–88.
- Sparsam, Jan / Flachmeyer, Malte, 2020: Voll normal: Die unkonventionelle Geldpolitik der EZB seit der Euro-Krise. In: Leviathan 48, 176–194.
- Staab, Philipp, 2019: Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit, Berlin.
- Statistisches Bundesamt, 2018a (Hg.): Bildung und Kultur. Personal an Hochschulen (Fachserie 11 Reihe 4.4), Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt, 2018b (Hg.): Bildung und Kultur. Finanzen der Hochschulen (Fachserie 11 Reihe 4.5), Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt, 2020: „Statistik der Studenten“; digital generierbar über: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>, o.D.
- Stehr, Nico 2007: Die Moralisierung der Märkte, Frankfurt (Main).
- Streeck, Wolfgang, 2011: Man weiß es nicht genau. Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Politik. In: Margret Kraul / Peter-Tobias Stoll (Hg.), Wissenschaftliche Politikberatung, Göttingen, 15–41.
- Streeck, Wolfgang, 2013a: Vom DM-Nationalismus zum Euro-Patriotismus? Eine Replik auf Jürgen Habermas. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 58 (5), 75–92.
- Streeck, Wolfgang, 2013b: Man weiß es nicht genau. Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für die Politik. In: Margret Kraul / Peter-Tobias Stoll (Hg.), Wissenschaftliche Politikberatung, Göttingen, 15–41.
- Streeck, Wolfgang, 2019 [2018]: Vorwort. In: Foundational Economy Collective: Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik, Berlin, 7–29.
- Swedberg, Richard, 1999: Introduction. In: Max Weber, Essays in Economic Sociology, herausgegeben von Richard Swedberg, Princeton, 3–39.
- Thaler, Richard / Sunstein, Cass, 2008: Nudge. Improving Decisions About Health, Wealth, and Happiness, New Haven.
- Thomas, Alan, 2016: Republic of Equals. Pre-distribution and Property-owning Democracy, New York.
- Ulmen, Gary L., 1991: Politischer Mehrwert: eine Studie über Max Weber und Carl Schmitt, Weinheim.
- Vallentyne, Peter, 2012: Taxation, Redistribution and Property Rights. In: Andrej Marmor (Hg.), The Routledge Companion to Philosophy of Law, New York, 291–391.
- Van Parijs, Philippe / Vanderborght, Yannick, 2017: Basic Income. A Radical Proposal for a Free Society and a Sane Economy, Cambridge / London.
- Vogl, Joseph, 2015: Der Souveränitätseffekt, Zürich.
- Waldron, Jeremy, 1989: The Right to Private Property, New York.
- Weber, Max, 2014: Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie. Unvollendet 1919–1920. Band I/23 der Max-Weber-Gesamtausgabe, herausgegeben von Knut Borchardt / Edith Hanke / Wolfgang Schluchter, Tübingen.
- Wegner, Gerhard, 2015: Ökonomischer Liberalismus aus der Perspektive des politischen Liberalismus. In: Zeitschrift für Politik 62, 48–65.
- Wright, Erik Olin, 2017 [2010]: Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus, Berlin.
- Wullweber, Joschua, 2018: Geld, Staat und Liquiditätsketten. Die Politik der Geldschöpfung und Zentralbankpolitik in Postkrisenzeiten. In: Politische Vierteljahresschrift 60, 45–70.
- Young, Iris Marion, 1990: Justice and the Politics of Difference, Princeton.
- Zech, Reinhold / Reichelt, Helmut, 1985: Nationalökonomische Theorien. Merkantilisten, Physiokraten und Klassiker. In: Iring Fetscher / Herfried Münkler (Hg.), Pipers Handbuch der Politischen Ideen, Band III, München, 561–615.